



Presseschau vom 31.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 30.05.2019

Während der neue oberste Kommandeur der bewaffneten Formationen der Ukraine Selenskij versucht, die Strafruppen unter seine Kontrolle zu bringen, setzen die Poroschenkoschen Helfershelfer das Genozid am Volk des Donbass fort.

Heute um 20:00 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine einen zielgerichteten Beschuss mit Antipanzerlenkraketenkomplexen aus Richtung Peski in Richtung **Wesjoloje** durchgeführt.

Infolge eines Treffers auf das Dach eines Wohnhauses in der Wolnyj-Gasse 49 wurde ein Zivilist, geb. 1956, verletzt. Derzeit befindet sich der Verletzte im Stadtkrankenhaus Nr. 21, sein Zustand wird als mittelernst eingeschätzt.

Außerdem erlitt ein Mädchen, wohnhaft in der Wolnyj-Gasse 47, eine Splitterverletzung am linken Ellenbogen. Sie wurde vor Ort ärztlich behandelt.

Die Strafruppen machen mit ihren Aktivitäten weiter das Leben friedlicher Einwohner der Republik unerträglich.

Wir rufen die Weltgemeinschaft und die Vertreter internationaler Organisationen auf, keine ökologische Katastrophe im Donbass zuzulassen und die verbrecherische ukrainische Führung zum Frieden zu zwingen.

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal das „Regime der

Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Kalinowo-Borschtschewatoje**. Geschossen wurde mit Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Präsident Selenski: Ukraine führt „zwei Kriege“**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat bei seinem Treffen mit US-Senator Robert Portman die Gründe für die Auflösung der Werchowna Rada (Parlament der Ukraine) genannt. Eine entsprechende Mitteilung wurde auf der offiziellen Website des präsidentialen Pressedienstes veröffentlicht.

Unter anderem erklärte Selenski am Donnerstag, er habe das Parlament aufgelöst, weil es schlecht funktionierte und die Regierungsbildung verlangsamen könnte.

„Wir können nicht warten. Wir haben zwei Kriege – einen Krieg mit Russland und einen Krieg gegen die inländische Korruption, die vor allem die Wirtschaft der Ukraine bedroht“, sagte der Staatschef.

Im Osten der Ukraine schwelt seit 2014 ein militärischer Konflikt zwischen der ukrainischen Staatsmacht und den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Insgesamt sind laut UN-Angaben seit Konfliktbeginn mindestens 13.000 Menschen bei Gefechten zwischen den Konfliktparteien ums Leben gekommen.

Um eine Friedenslösung in diesem Konflikt herbeizuführen, wurde 2014 die Minsker Kontaktgruppe geschaffen. Diese Kontaktgruppe arbeitet im sogenannten Normandie-Format, bei dem Deutschland, Frankreich, die Ukraine und Russland zusammenkommen, und verabschiedete bereits mehrere Dokumente, in denen Schritte zur Deeskalation des Konflikts aufgezeigt sind. 2015 wurde unter anderem ein Waffenstillstand vereinbart.

Doch trotz der Abkommen wird der Waffenstillstand von der ukrainischen Seite immer wieder gebrochen, was Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung zur Folge hat.

Die Ukraine wirft Moskau die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vor.

Die russischen Behörden halten solche Erklärungen für unzulässig und weisen sie zurück, denn Moskau sei keine Partei des internen ukrainischen Konflikts und daran interessiert, dass Kiew die politische und wirtschaftliche Krise überwinde.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32510/25/325102510.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 30. Mai 3:00 Uhr bis 31. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 22. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij, Sajzewo, Dolomitnoje, Oserjanowka, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Wasiljewka, Mineralnoje, Spartak, Wesjoloje, Dokutschajewsk, Dsershinskoje, Leninskoje, Nowaja Tawrija.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, erlitt gestern durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Wesjoloje mit Antipanzernkraketen ein Zivilist, geb. 1956, wohnhaft in Donezk, Wolnyj-Gasse 49, Splitterverletzungen am Rücken und am Bein. Der Verletzte befindet sich im Stadtkrankenhaus Nr.21 von Donezk in einem mittlern Zustand.

Außerdem erlitt infolge dieses Beschusses ein achtjähriges Mädchen, wohnhaft in Donezk, Wolnyj-Gasse 47 eine Splitterverletzung am linken Ellenbogen.

Außerdem wurden nach genaueren Angaben in der Folge eines Treffers eines der Geschosse die Fensterverglasung, Wände und Zaun des Wohnhauses in Donezk, Krasnopartisanskaja-Straße 56 beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 406.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingehen.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 107.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Putin lehnt offenbar Iran-Gesuch um S-400-Kauf ab – Bloomberg**
Russland soll ein iranisches Gesuch um den Kauf der Raketensysteme vom Typ S-400 abgelehnt haben, meldet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf Quellen. Bloomberg erläutert, Moskau meine, dass das Abkommen zu einem Spannungswachstum in der Nahost-Region führen könne.

„Die Reaktion Russlands auf das Gesuch des Iran spiegelt die delikate Kräftebalance im Persischen Golf wider, wo sich ein Showdown zwischen der Islamischen Republik, den USA und ihren arabischen Verbündeten vorbereitet“, heißt es im Artikel.

Die Bitte soll demnach persönlich vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, abgeschlagen worden sein.

Der iranische Außenminister, Mohammed Dschawad Sarif, hatte Anfang Mai Moskau besucht und war am 8. Mai mit seinem russischen Amtskollegen, Sergej Lawrow, zusammengekommen.

Nun äußerte sich Kreml-Sprecher Dmitri Peskow dazu:

„Ich verfüge nicht über solche Informationen.“

Er rief dazu auf, Mitteilungen solcher Art gründlich zu prüfen: „Man muss bei Informationen Vorsicht walten lassen.“ ...

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Feuer aus Richtung Metallist (ukr. Trawnwoje) in Richtung **Golmowskij** mit Mörsern des Kalibers 120mm eröffnet.

Dabei wurden folgendes Mehrparteienwohnhaus beschädigt:

Bolnitschnaja-Straße 27, Wohnung 32 und 49 (Fensterverglasung).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht registriert. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **„Wahnhafte Mutmaßungen“: Lawrow zu US-Vorwürfen über angebliche Kernwaffentests Russlands**

Die USA haben Russland vorgeworfen, den Kernwaffenteststopp-Vertrag verletzt zu haben. Mehrere russische Politiker haben die Anschuldigungen bereits dementiert, nun auch Außenminister Sergej Lawrow. Über die „Wahnhaftigkeit der Mutmaßungen“ der Vereinigten Staaten sprach der Chefdiplomat am Freitag in Tokio.

Am Mittwoch hatte der Chef des US-Nachrichtendienstes DIA, Robert Ashley, gesagt, die USA hätten Zweifel daran, dass Russland den Kernwaffenteststopp nach dem Prinzip der „Null-Sprengkraft“ einhalte.

„In Bezug auf die Aussagen, dass Russland angeblich Atomtests durchführt, haben Vertreter der Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen sowie angesehene US-Experten bereits die Wahnhaftigkeit dieser Mutmaßungen festgestellt“, erklärte Lawrow.

Dem Außenminister zufolge könnte der Grund für diese Beschuldigungen darin liegen, dass „man etwas Neues ausdenken musste“, nachdem sich die russischsprachige Frau im Ibiza-Video mit dem österreichischen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache als Bosnierin herausgestellt hatte.

Der Kernwaffenteststoppvertrag wurde von der UN-Abrüstungskonferenz ausgearbeitet und 1996 von der UN-Generalversammlung angenommen. Seitdem liegt er der internationalen Staatengemeinschaft zur Unterzeichnung und Ratifizierung vor. Russland und die USA setzten 1996 ihre Unterschrift unter den Vertrag, Washington weigert sich aber bis heute, das Dokument zu ratifizieren. Moskau ratifizierte den Vertrag im Jahr 2000.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32315/60/323156090.jpg>

Wpered.su: **Eine Vertreterin von „Nadeshda Donbassa“ nahm an einer Veranstaltung zum Internationalen Kindertag teil**

Am 30. Mai nahm die Leiterin der Donezker Abteilung der Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“, die zweite Sekretärin des Donezker Stadtkomitees der KP der DVR Nadeshda Retinskaja an einem Festkonzert zum Internationalen Kindertag teil, das im Erholungskomplex „Snegiri“ bei Moskau stattfand, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der Aktion „Kinder Russlands an die Kinder des Donbass“ statt, deren Initiatoren der Vorsitzende des ZK der KPRF Gennadij Sjuganow und der inzwischen verstorbene Volkskünstler der UdSSR Josif Kobson, dessen Andenken während des Konzerts geehrt wurde, waren.

In seinem Redebeitrag berichtete der Vorsitzende der KPRF über die Entstehung des Feiertags, die Wichtigkeit, die heranwachsende Generation würdig zu erziehen, und mit besonderem Stolz unterstrich er, dass sich in den letzten fünf Jahren in „Snegiri“ bei Moskau 5000 Kinder aus dem Donbass erholt haben und gesundet sind. An dem Konzert nahmen Kollektive örtliche Künstlerstudios sowie Kinder aus Lugansk teil, die in diesen Tagen zur Erholung dort sind.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/05/IMG_20190531_102120.jpg



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/05/IMG_20190531_085011.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Lawrow: Kosovos Behörden sind „frecher geworden“**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat am Freitag die Handlungen von Kosovos Behörden gegenüber dem russischen UN-Mitarbeiter Michail Krasnoschtschjokow aufs Schärfste kritisiert.

„Was das Benehmen der kosovarischen Behörden anbelangt, sind sie offensichtlich frecher geworden. Denen, die vorgeben, ihre Chefs zu sein, gehorchen sie nicht. In Wirklichkeit gehorchen sie niemandem“, äußerte Lawrow in Tokio vor der Presse.

Das „völlig inakzeptable Benehmen“ der Kosovaren gegenüber dem russischen Mitglied der UN-Mission in Kosovo könne „mit nichts gerechtfertigt werden“, so Russlands Außenminister.

Kräfte der Spezialeinheit der Kosovarischen Polizei Regional Operational Support Unit (ROSU) waren am frühen Dienstagmorgen in den nördlichen von Serben besiedelten Teil der

kosovarischen Stadt Mitrovica eingedrungen. Angeblich handelte es sich um eine Razzia gegen Schmuggler.

Die Einwohner stellten Barrikaden auf den Autobahnen in den Gemeinden Kosovska Mitrovica und Zubin Potok auf. Es kam zu Zusammenstößen mit Polizisten, Schüsse sollen gefallen sein.

Michail Krasnoschtschjokow wurde bei der Operation in Mitrovica ziemlich schwer verletzt. Er hat einen Kieferbruch erlitten und es besteht Verdacht auf innere Verletzungen, teilte sein Anwalt, Goran Petronijevic, gegenüber Sputnik mit.

Neben Krasnoschtschjokow erlitt neben drei Polizisten und einem Journalisten ein weiterer UN-Mitarbeiter Verletzungen. Die kosovarische Polizei berichtete, 19 ihrer Mitarbeiter seien im Rahmen der Aktion festgenommen worden. Laut den Behörden Serbiens wurden neun Bürger inhaftiert.

Der russische UNMIK-Mitarbeiter wurde zur Behandlung nach Belgrad gebracht. Das Ermittlungskomitee Russlands hat inzwischen mit der Aufklärung des Vorfalls begonnen. Der Generalstaatsanwalt von Kosovska Mitrovica forderte Medienberichten zufolge, dass dem Russen die Immunität entzogen würde, damit ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden könne.

Der serbische Präsident, Aleksandar Vucic, versetzte die Streitkräfte und das Innenministerium des Landes in Alarmbereitschaft.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32497/15/324971532.jpg>

de.sputniknews.com: **Atomtest-Vorwürfe gegen Russland: Internationale Überwachungsbehörde widerspricht USA**

Die internationale Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO) hat den USA nach ihren jüngsten Vorwürfen gegen Russland widersprochen: Es gebe keinerlei Beweise, dass Moskau einen Nuklear-Test durchgeführt und dabei gegen das internationale Verbot verstoßen habe.

Zuvor hatte der Chef des US-Nachrichtendienstes DIA Robert Ashle gesagt, Russland habe „wahrscheinlich“ den Kernwaffenteststopp nach dem Prinzip der „Null-Sprengkraft“ verletzt. Russland habe die Kapazitäten, um solche Tests durchzuführen.

Die Vereinigten Staaten verdächtigen Russland seit Längerem, auf der Arktisinsel Nowaja Semlja Atomtests mit sehr niedrigen Mengen an Kernmaterial durchzuführen.

Lassina Zerbo, der Ausführende Sekretär von CTBTO, hat laut der britischen Zeitung „The Guardian“ bekannt gegeben, die Organisation habe die US-Vorwürfe bereits geprüft.

Die Behörde habe am Mittwoch die Angaben des globalen Sensoren-Netzes überprüft, die auf eine mögliche Atomexplosion auf Nowaja Semlja hindeuten könnten.

Dabei sei herausgekommen, dass die Messgeräte ein Beben der Stärke 3,1 auf der

Richterskala registrieren würden – das entspreche etwa einer Sprengkraft von 100 Tonnen TNT.

Dies sei ein sehr niedriger Wert im Vergleich zur Sprengkraft der meisten Atomsprengköpfe, die in der Regel Tausende Tonnen TNT erreiche. Die Bomben, die auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden, hätten eine Sprengkraft von jeweils 15 und 20 Kilotonnen gehabt.

„Wenn wir jetzt von Hunderten Tonnen reden, die in der Region registrierbar sind, dann bedeutet das, dass wir es mit sehr niedrigen Werten zu tun haben“, sagte Zerbo gegenüber der Zeitung.

„Bei solch niedrigen Werten, welchen zusätzlichen Nutzen bringt es (das Testen – Anm. d. Red.) einem Land mit Atomwaffen? Das ist die Frage, die man stellen sollte. Und sie kann sofort zu einer klaren Antwort führen.“

Derzeit verfüge die Organisation über keine Beweise, dass Russland gegen etwas verstoßen habe.

Das Abkommen mit dem Kürzel CTBT haben bisher 183 Staaten unterschrieben, auch die USA und Russland. Die USA hatten es 1996 unterzeichnet, doch der Senat hat es bis heute nicht ratifiziert. Russland hingegen hatte das Abkommen im Jahr 2000 ratifiziert.

Der Kernwaffenteststoppvertrag verbietet die Durchführung jeder Art von Kernwaffenexplosion, ob für zivile oder für militärische Zwecke.

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 25. bis 31. Mai 2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die Zahl und Intensität der Beschießungen des Territoriums der Republik erheblich gesteigert. Insgesamt wurden **22 Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** festgestellt. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von 13 Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Kämpfer von den Positionen der 30. und der 53. mechanisierten Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Garas und Pojakow aus die Gebiete von **Golmowskij, Sajzewo, Oserjanowka und Dolomitnoje** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. und 24. mechanisierten und 53. Marineinfanteriebrigade aus auf Befehl der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Guds und Palas **Spartak, Wesjoloje, Wasiljewka, Mineralnoje, Dokutschajewsk** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Dsershinskoje und Nowaja Tawrija** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 57 Mörsergeschosse der Kaliber 120mm und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Durch erwidernendes Feuer unserer Verteidiger mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen wurde **ein ukrainische Kämpfer verletzt**.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 94 Beschießungen auf die Gebiete von 20 Ortschaften der Republik** festgestellt, wobei Artillerie des Kalibers 122mm, 120mm- und 82mm-Mörser, Antipanzerlenkraketen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet wurden.

Dabei hat der Gegner 100 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, 282 Mörsergeschosse, davon 165 des Kalibers 120mm, sowie acht Antipanzerlenkraketen auf das Territorium

unserer Republik abgefeuert.

Der Beschuss durch die ukrainischen bewaffneten Formationen bleibt nicht unbestraft. Im Ergebnis von erwidern dem Feuer unserer Verteidiger mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen betrug die Verluste des Gegners in der letzten Woche: sechs tote ukrainische Kämpfer, 16 Verletzte. Die größte Zahl von Verlusten gab es in der 24. mechanisierten Brigade – vier Tote und sechs Verletzte.

In der letzten Woche konzentrierten die ukrainischen Kämpfer ihre aggressiven Handlungen auf die Beschädigung und Vernichtung von Objekten der zivilen Infrastruktur. Durch Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine wurden 23 Häuser in Dokutschajewsk, Jasinowataja, Gorlowka, Alexandrowka, im Petrowskij- und Kiewskij-Bezirk von Donezk teilweise beschädigt.

Außerdem haben Kämpfer der 93. Brigade Wasiljewka sowie das Gebiet der Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke beschossen, deren Personal den Schutzraum aufsuchen musste.

Außer dem Beschuss von Ortschaften und der Zerstörung von Wohnhäusern friedlicher Einwohner haben die ukrainischen Straftruppen der 53. Brigade unter Nutzung von **zu Kampfzwecken umgerüsteten Drohnen** ein weiteres Verbrechen begangen. Infolge des Abwurfs einer selbstgebauten Sprengvorrichtung auf ein Dach wurde ein Wohnhaus in der Pokidko-Straße 13 in Gorlowka beschädigt, **eine 70jährige Frau erlitt eine mittelschwere Splitterverletzung**, außerdem wurde **ein Kind, geb. 2009, leicht verletzt**.

Am 30. Mai um 20:00 Uhr haben die bewaffneten Formationen der Ukraine zielgerichtet aus Richtung Peski in Richtung Wesjoloje mit Antipanzernkraketenkomplexen geschossen.

Durch einen Treffer auf das Dach eines Wohnhauses in der Wolnyj-Gasse 49 erlitt ein Einwohner, geb. 1956, Splitterverletzungen. Der Verletzte befindet sich derzeit im Stadtkrankenhaus Nr. 21, sein Zustand wird als mittelmäßig eingeschätzt. Außerdem erlitt ein achtjähriges Mädchen, wohnhaft in der Wolnyj-Gasse 47, eine Splitterverletzung.

Alle Informationen werden mit Fotos und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, gesandt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Bryshinskij, Guds, Palas, Kuratsch und Poljakow übergeben.

Während des Monitorings der festgelegten Lagerorte für abgezogene schwere Waffen der BFU haben die OSZE-Beobachter folgende Waffen als fehlend festgestellt: 40 152mm-Haubitzen „D-20“, 37 152mm-Geschütze „Giazint-B“, 4 152mm-Haubitzen „MSTA-B“, 20 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“ und 12 85mm-Antipanzergeschütze „D-48“.

Das ukrainische Kommando behindert weiter die Arbeit der OSZE-Mission im Donbass, um die schweren Waffen, die sich außerhalb der festgelegten Gebiete in Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu verheimlichen. Diese Sachverhalte finden regelmäßig ihren Ausdruck in den Berichten der Mission.

So wurde in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai bei einer im Gebiet von Tschermalyk fliegenden Langstreckendrohne der OSZE-Mission das Signal unterdrückt.

In diesem Gebiet arbeitet weiter eine mobile Gruppe der elektronischen Kriegführung aus dem 305. Bataillon für elektronische Kriegführung der BFU, die bereits mehrfach die Leitungskanäle von Drohnen der OSZE-Mission unterdrückt hat.

Zuvor haben wir die Aktivität von Mitteln der elektronischen Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte zur Unterdrückung von Signalen von Drohnen der Mission in den Gebieten von Pischtschewik, Petrowskoje, Nowomichajlowka und Bachtschewik bemerkt, diese Informationen bestätigt auch die OSZE-Mission in ihren Berichten.

Neben der nicht öffentlichen Anweisung an die Kommandeure der Einheiten, Mitarbeiter der OSZE nicht an die Stationierungsorte von schweren Waffen zu lassen finden **auf Befehl des neuen Kommandeurs der Strafoperation** auf den Übungsplätzen in den Verantwortungsbereichen der Brigaden, die entlang der Kontaktlinie stationiert sind,

gemeinsame **Übungen von Abwehrraketenmannschaften und Einheiten der elektronischen Kriegführung** statt. Hauptziel der Übungen ist die Bekämpfung von OSZE-Drohnen und die Erarbeitung von Fertigkeiten zur ihrer Vernichtung.

Der militärische Rechtsordnungsdienst der ukrainischen Streitkräfte hat unter Führung von Generalmajor Krischtun eine **Analyse der Fälle von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe** durch Soldaten, die Aufgaben in der OOS-Zone erfüllen, für den Monat Mai durchgeführt, bei der als **Hauptursache für Verletzung und Tod die Erfüllung von dienstlichen Verpflichtungen unter Alkohol- und Drogeneinfluss** festgestellt wurde.

Außerdem nehmen gemäß der Statistik von Verbrechen die zur Elite gehörenden Luftsturmbrigaden und Marineinfanteriebrigaden ehrenhaft erste Plätze ein, in ihnen wurden 15 Fälle von Verletzungen der Regeln für den Umgang unter Soldaten, 19 Fälle von Alkoholenuss während des Dienstes, 7 Fälle von Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Soldaten, 11 Fälle von eigenmächtigem Verlassen von Frontpositionen durch Soldaten mit der Waffe und 5 Fälle von Plünderung festgestellt. Der Generalstab der BFU hat dem Kommandeur der 79. Luftsturmbrigade Kuratsch und der 35. Marineinfanteriebrigade Palas die Anweisung gegeben, bis zum 1. Juni einen Bericht vorzulegen, in dem die Ursachen für die massenhaften Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils, Alkoholmissbrauch und Weigerung von Soldaten, die bereits einen Vertrag unterschrieben haben, in diesen Truppenteilen Dienst zu tun, angegeben werden.

Trotz der totalen Überprüfung der Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte stellt unsere Aufklärung **weiter Fälle von groben Verletzungen der militärischen Disziplin** fest. So wurden am 24. und 29. Mai Fälle von massenhaftem Genuss von Alkohol durch Soldaten des 137. Bataillons der 35. Brigade während des Dienstes an der Kontaktlinie im Gebiet von Nowotroizkoje festgestellt, diese „Veranstaltung“ leitete der Kommandeur eines Zuges, Leutnant Borislaw Schewtschenko. Inzwischen sind sie festgenommen und befinden sich im Militärgefängnis.

Außerdem stellen wir weiter Fälle von Unwillen von ukrainischen Kämpfern, in den BFU Dienst zu tun, fest.

Die in der Eile aus jeglichem Gesindel gebildete 35. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Verbrechers Garas verließ am 25. Mai der einfache Soldat Schazkij, der sich betrunken im Dienst befand, eigenmächtig die Einheit mit seiner Waffe und wurde später von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes festgenommen.

Außerdem gehen ukrainische Soldaten beim Versuch, sich vor dem Dienst zu drücken und die Kampfzone zu verlassen, bisweilen zu äußersten Maßnahmen über. Am 27. Mai schoss der Soldat der 78. Brigade Feldweibel A.W. Tretjakow sich mit einer Maschinenpistole selbst ins Bein, um von der Front abgezogen zu werden und in Behandlung zu kommen. Der Tradition gemäß wird der Kriegsverbrecher Kuratsch diesen Vorfall als kampfbedingten Verlust infolge eines angeblichen Beschusses von unserer Seite an den übergeordneten Stab weiterleiten. Eine weitere Ursache für den schlechten moralisch-psychischen Zustand der Soldaten, die Dienst in der Zone der Strafoperation tun und nicht dort dienen und ihren Vertrag nach Ablauf des Militärdienstes verlängern wollen, ist das große Defizit an Personal in den Truppen. In diesem Zusammenhang müssen die Soldaten drei und manchmal vier reguläre Funktionen ausüben, was die Belastung erhöht und in keiner Weise die Erhöhung des Kampfgeistes unterstützt.

Da es die Situation kennt, ist das ukrainische Militärkommando zu offener Fälschung übergegangen. Entgegen ihren Versprechungen sowie der Erklärung des Präsidenten der Ukraine, dass Vertragssoldaten in die Konfliktzone geschickt werden, stellen wir weiter die **Anwesenheit von wehrpflichtigen Soldaten in fast allen Einheiten an der Front** fest. Nach Angaben einer Quelle im Stab der 35. Brigade tun allein im 137. Bataillon etwa 120 wehrpflichtige Soldaten Dienst. Außerdem wurde den Kommandeuren von Truppenteilen die Anweisung gegeben, alle möglichen Maßnahmen zu unternehmen, um Soldaten, die ihre

Wehrpflicht ableisten, zum Abschließen von Verträgen zu nötigen. Dabei wird angegeben, dass bei Nichterfüllung des Plans zum Abschluss von Verträgen durch Wehrpflichtige gegenüber dem Kommando der Truppenteile die strengsten Strafmaßnahmen bis hin zur Entlassung unternommen werden.

Um die Tatsache zu verheimlichen, dass sich Wehrpflichtige in der Zone der sogenannten OOS befinden, müssen diese unterschreiben, dass sie ihre Verlegung in den Donbass zur Erfüllung spezieller Aufgaben geheim halten. Außerdem sind die Soldaten in ihrem Recht eingeschränkt, regelmäßig mit Verwandten zu telefonieren oder können dies nur in Anwesenheit des Kommandeurs der Einheit tun.

In diesem Zusammenhang wende ich mich an die Verwandten der Soldaten, die Wehrdienst in den bewaffneten Formationen der Ukraine tun, den Aufenthaltsort ihrer Söhne festzustellen, weil es sich erweisen kann, dass sie nicht in den rückwärtigen Einheiten Dienst tun, sondern an der Front, in der Konfliktzone.

Die ukrainischen Kämpfer setzen ihre Aggression nicht nur gegen die Zivilbevölkerung der Republik, sondern auch gegen Einwohner und soziale Objekte auf den von den Kiewer Besatzern kontrollierten Territorien fort. So haben **Terroristen der nationalistischen Einheit „Asow“ das Gebäude des Kindergartens „Bibigon“ in Mariupol besetzt um darin ihren Stab unterzubringen**, und haben dazu die Kinder und Erzieher von dort vertrieben.

Aufgrund der Handlungen der ukrainischen Kämpfer empörte örtliche Einwohner haben sich zur Lösung des Problems an den Kommandeur der Strafoperation Syrs kij gewandt, aber es sind keinerlei Handlungen zur Beendigung der Willkür erfolgt. Als sie das gleichgültige Verhalten von Seiten der verbrecherischen Militärführung sahen, wandten sich Einwohner von Mariupol an die Administration des Präsidenten der Ukraine in der Hoffnung darauf, dass die neue Regierung die Aufmerksamkeit auf die Verbrechen der korrumpierten militärischen Oberschicht richten und den Kindern die Vorschuleinrichtung zurückgeben wird.

In diesem Zusammenhang äußern wir die Hoffnung, dass alle Verbrechen der ukrainischen Mörder gegen friedliche Bürger von der Weltöffentlichkeit nicht unbemerkt bleiben und die Schuldigen eine harte Strafe erhalten.

In der letzten Woche hat die Volksmiliz gemeinsam mit der „Swesda“ GmbH und der Freiwilligen T. Burtina dem republikanischen traumatologischen Zentrum Unterstützung geleistet. Es wurden Klimaanlage für die Ausrüstung von Operationssälen geliefert.

de.sputniknews.com: **„Schwarze Liste“ – China kontert US-Strafzölle mit neuer Waffe**

China zieht im Handelskrieg mit den USA den nächsten Trumpf. Die Wirtschaftsmacht will eine Strafliste mit „unzuverlässigen“ Firmen aus dem Ausland aufstellen.

Auf der Strafliste sollen Unternehmen, Individuen und Organisationen geführt werden, die den Interessen chinesischer Unternehmen schaden, sagte Gao Feng, ein Sprecher des chinesischen Handelsministeriums, nach Angaben der Deutschen Presseagentur.

Dazu sollen Unternehmen gehören, die gegen „Marktregeln verstoßen“ oder die Belieferung chinesischer Firmen aus nicht kommerziellen Gründen blockieren oder gestoppt haben, heißt es weiter. Welche Konsequenzen den Firmen auf der Liste drohen, soll in „naher Zukunft“ bekannt gegeben werden.

Hintergrund: US-Präsident Donald Trump hatte mit Strafzöllen den Handelskrieg gegen China verstärkt. Zuletzt hatte er in den vergangenen Wochen das chinesische Unternehmen Huawei auf eine „schwarze Liste“ gesetzt. US-Partner mit Geschäftsbeziehungen zu dem Telekom-Riesen unterliegen seitdem strengen Kontrollen. Mehrere Chiphersteller und der Internetkonzern Google kündigten in Folge der Sanktionen an, die Geschäfte mit Huawei einzuschränken oder abzubrechen.

China drohte daraufhin den USA bereits mit einer Verknappung der Seltenen Erdmetalle. Ein hoher Regierungsbeamter sowie Staatsmedien machten deutlich, dass China die wichtigen und knappen Metalle als Waffe im Handelskonflikt und im Kampf gegen das Vorgehen der

USA gegen den Telekom-Riesen Huawei einsetzen könnte.

de.sputniknews.com: **Kreml: Waffenruhe in Idlib liegt in Verantwortung Ankaras**

Moskau hält es für nötig, einen Waffenstillstand in der syrischen Provinz Idlib anzustreben. Wie der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Freitag erläuterte, ist gemäß den Sotschi-Vereinbarungen die Türkei für die Erfüllung dieser Aufgabe verantwortlich. Ein Waffenstillstand sei tatsächlich nötig – es müsse sichergestellt werden, dass die Terroristen ihre Angriffe auf zivile Ziele sowie auf einige Objekte mit russischen Militärs stoppen, sagte Peskow.

Er betonte, dass entsprechend den zuvor getroffenen Vereinbarungen die Türkei die Verantwortung für die Gewährleistung der Waffenruhe trägt.

„Hier muss darauf verwiesen werden, dass in diesem Fall gemäß den in Sotschi getroffenen Abkommen die türkische Seite verantwortlich ist. Und hier sind natürlich die Aktionen unserer türkischen Partner sowie die Zusammenarbeit zwischen Russland und der Türkei zur Erreichung dieser Ziele wichtig“, erklärte der Kremlsprecher.

Am Donnerstag hatte der russische Präsident Wladimir Putin mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan ein Telefongespräch geführt, wobei sie die Wichtigkeit der Zusammenarbeit in der Provinz Idlib, darunter auch der Maßnahmen zur Neutralisierung der Terrorgruppen, betonten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32232/84/322328418.jpg>

de.sputniknews.com: **Malaysias Premier übt heftige Kritik an Ergebnissen von MH17-Ermittlung**

Die Ermittlung des Absturzes der Boeing 777 (Flug MH17) am 17. Juli 2014 in der Ostukraine ist laut dem malaysischen Premier Mahathir Mohamad zu politisiert. Darüber berichtet die Zeitung „Malay Mail“.

„Sie beschuldigen Russland, aber wo sind Beweise? Wir wissen, dass die Rakete, die das Flugzeug abgeschossen hat, russischen Typs ist, aber sie konnte auch in der Ukraine produziert werden“, zitiert die Zeitung seine im Rahmen einer Pressekonferenz getätigten Aussagen in Tokio.

Der Premier betonte dabei, dass Rebellen in der Ukraine oder die ukrainische Regierung das Flugzeug hätten abschießen können, denn „sie haben auch dieselben Raketen“.

Darüber hinaus verlautbarte der Politiker, dass sich Malaysia an der Untersuchung der

Flugschreiber beteiligen solle, aber „aus irgendwelchen Gründen wurde Malaysia nicht erlaubt, die Blackboxes zu prüfen, um zu verstehen, was passiert ist“.

„Wir wissen nicht, warum wir aus der Untersuchung ausgeschlossen worden sind; von Anfang an sahen wir zu viel Politik dahinter. Die Idee bestand nicht darin, zu erfahren, wie dies passiert ist, sondern scheint sich auf den Versuch, dies (die Schuld) den Russen anzuhängen, konzentriert zu haben“, sagte er.

Die Boeing 777 der Malaysia Airlines war am 17. Juli 2014 im damals umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der von Amsterdam nach Kuala Lumpur fliegenden Verkehrsmaschine, darunter 85 Kinder, kamen ums Leben.

In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen werfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben. Weil die meisten Opfer Niederländer waren, übernahmen die Niederlande die Leitung der Untersuchung. Doch noch vor Beginn der Ermittlungen hatten viele Kiewer und westliche Politiker die ostukrainischen Volksmilizen schon für den mutmaßlichen Abschuss verantwortlich gemacht und Russland eine Verwicklung vorgeworfen.

Nach Erkenntnissen des internationalen Ermittlungsteams JIT (Niederlande, Australien, Ukraine, Belgien, Malaysia), die seit 2014 zu der Katastrophe ermitteln, wurde die Maschine mit einer Boden-Luft-Rakete der Baureihe Buk abgeschossen. Das JIT veröffentlichte unlängst einen neuen Bericht, laut dem die Rakete aus einem von den Volksmilizen kontrollierten Gebiet abgefeuert wurde. Dorthin soll sie aus Russland gebracht worden sein. Diese Angaben widersprechen jedoch den Ergebnissen von mehr als 100 Feldexperimenten des Buk-Herstellers Almaz-Antey, der im Rahmen eigener Untersuchungen sogar ein abgemustertes Flugzeug mit einer Rakete zerstört hat.

Der Rüstungskonzern warf den Ermittlern vor, wichtige technische Daten der Rakete ignoriert und ihre Schlussfolgerung an eine bereits vorgefertigte Meinung angepasst zu haben.

Auch die Regierung in Moskau weist diese Schlussfolgerungen der Ermittler als voreingenommen zurück. Sie kritisiert unter anderem, dass die Ukraine die Towergespräche und die USA ihre Radardaten vom Tag der Katastrophe geheim halten. Russland hingegen hat alle seine Daten zur Verfügung gestellt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30037/44/300374410.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 25. bis 31. Mai 2019

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. **In den letzten 24 Stunden** haben die ukrainischen Streitkräfte **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Dabei haben die ukrainischen Besatzer Granatwerfer verschiedener Art verwendet.

In der letzten Woche haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **17-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Dabei hat der Gegner von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden **mehr als 200 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert**. Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **neun Ortschaften beschossen**. Durch Beschuss von ukrainischer Seite wurden in der letzten Woche in Frunse vier Wohnhäuser und eine Stromleitung beschädigt.

Außerdem erlitt infolge von Beschuss mit 120mm-Mörsern von den Positionen der 10. Gebirgss Sturmbrigade auf Donezkij ein örtlicher Einwohner, geb.1975, mehrere unterschiedlich schwere Verletzungen.

Neben provokativem Beschuss von Ortschaften der Republik **verwenden die ukrainischen Truppen weiter Drohnen**.

In der letzten Woche haben Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz **zwei Drohnen der 54. und 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte abgeschossen**. Die Fotos und Videos aus den Drohnen werden von unseren Spezialisten untersucht, Bestätigungen für verbrecherische Absichten des Gegners werden an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen Brigadekommandeure der ukrainischen Streitkräfte übergeben. Unsere Aufklärung stellt weiter **von den Minsker Vereinbarungen verbotene Technik der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe der Kontaktlinie** fest.

So wurde im Gebiet von Sewerodonezk die Ankunft einer Kolonne des Gegners mit vier Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und acht Lastwagen mit Munition festgestellt.

Außerdem:

in Muratowo ist eine Artilleriebrigade mit vier 152mm-Haubitzen D-20 eingetroffen;

in Malinowo – wurde die Stationierung von vier 122mm-Artilleriegeschützen „Gwosdika“ und drei Panzern bemerkt;

in Makarowo wurde die Konzentration von 3 122mm-Haubitzen D-30 entdeckt.

An einer Verladestation in Rubeshnoje ist ein Zug mit Waffen und Militärtechnik eingetroffen, darunter sind 11 Haubitzen „Msta-B“, 25 Militärfahrzeuge, darunter drei Kommandostabsfahrzeuge. Außerdem wurde die Ankunft von drei Haubitzen 2S19 „Msta-C“ in Priwolje, Bezirk Lissitschansk bemerkt.

Die ukrainische Militärtechnik und Waffen, die in Verletzung der Minsker Verreinbarungen in der Nähe der Kontaktlinie stationiert sind, kommen regelmäßig in den täglichen offiziellen Berichten der OSZE-Mission zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurden außerhalb der Lagerorte festgestellt:

4 Abwehrraketenkomplexe „Strela-10“;

2 152mm-Haubitzen „Akazija“;

3 152mm-Haubitzen „Msta-B“;

5 122mm-Haubitzen D-30;

13 120mm-Mörser 2B11 und M120;

12 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“;

15 T-64-Panzer. ...

Wir erhalten weiter Informationen über die Aktivierung der **Tätigkeit von Spezialdiensten der Ukraine** unter der Zivilbevölkerung in der Nähe der Kontaktlinie.

Seit dem 20.Mai werden in Staniza Luganskaja, Stschatje, Popasnaja Maßnahmen zur Auffindung von gegenüber den Republiken loyalen Bürgern durchgeführt. Gleichzeitig werden in den o.g. Ortschaften auf den Straßen Flugblätter mit dem Aufruf, den SBU über

Fälle von sogenannten „Alltags“separatismus zu informieren und mit Drohungen mit strafrechtlicher Verfolgung gegen Bürger, die offen die LVR und DVR unterstützten, bemerkt. Trotz der Entscheidungen bezüglich einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass demonstriert das Kommando der OOS weiter seine Erfolge, selbst **nach der Ausgabe des Befehls über eine vollständige Feuereinstellung durch den Präsidenten Selenski**.

Der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ hat eine geschlossene Sitzung durchgeführt, bei der **Anweisungen zur Fortsetzung der Kampfaufgaben** gegeben wurden. Nach uns vorliegenden Informationen von einer Quelle, die auf der Sitzung anwesend war, hat General Mikaz wörtlich das folgende gesagt: „General Syrskij hat die Aufgabe gestellt, nicht auf diesen Clown zu hören und weiter Kampfaufgaben durchzuführen und die Erfolg in der Zone der Operation der Vereingten Kräfte zu demonstrieren!“.

Nach der Sitzung wurde bei der genaueren Erläuterung der Aufgaben der Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko angewiesen, Diversions- und Erkundungsgruppen auszubilden und auf das Territorium unserer Republik zu schicken.

Von zuverlässigen Quellen im Stab der OOS wurden uns **Einzelheiten des gescheiterten Diversionsausfalls** bekannt. Eine Gruppe aus einem Aufklärungszug des 2. Bataillons mit 12 Mann, Leiter der Gruppe ist der Leiter der Aufklärung des Bataillons Oberleutnant K.K. Weres, erhielt in Anwesenheit des Bataillonskommandeurs S.A. Stez die persönliche Anweisung von Majstrenko, Soldaten der Volksmiliz gefangen zu nehmen. Im Fall, dass eine Gefangennahme unmöglich ist, seien Dokumente und Waffen des vernichteten Gegners vorzulegen. Oberleutnant K.K. Weres, der durch die Worte des Brigadekommandeurs und den Wunsch eine Auszeichnung zu erhalten aufgemuntert war, übernahm eifrig diese Aufgabe. Da er die Lage an der Front nicht beherrschte, wurde die Gruppe sofort von unseren Beobachtern entdeckt.

Während des sich entspinrenden Kampf wurde die Diversionsgruppe des Gegners durch sachkundige Handlungen von Soldaten der zerstreut und ging eilig zu Flucht über, wobei sie Rucksäcke mit Munition, Ausrüstung und ihren verletzten Kameraden, der später an Blutverlust starb, zurück ließen. Auf dem Kampffeld wurden von uns die Leiche des Diversanten Stepantschenko, AK-74 Nr. 2370121, 8736489, 3475907, 8975987, drei Reserverladungen, ein Rucksack mit Munition und vier Funkstationen Kenwood gefunden. Ergebnis des gescheiterten Diversionsausfalls ist die Arbeit einer Kommission des Stabs der OOS in den Einheiten der 54. Brigade, die eine Ermittlung gegen den Brigadekommandeur durchführen soll, anschließend soll eine weitere Kommission feststellen, ob er für den Posten geeignet ist.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Selenski von der Nichterfüllung seiner Anweisungen über eine vollständige Feuereinstellung in der OOS-Zone erfahren hat und Majstrenko seiner Fuktion enthebt und ihm Gruswitsch nachschickt. In der letzten Woche ist das schon der zweite Kommandeur, der die Forderungen des obersten Kommandeurs nicht erfüllt. Wir rufen die Verwandten der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf, sich an die Kommandeure der Truppenteile zu wenden, in denen Ihre Kinder Dienst tun und Informationen über ihr Schicksal zu fordern, weil es in den ukrainischen Streitkräften schon zum System geworden ist, Fälle von Verbrechen und Vorfällen in den Verbänden und Truppenteilen gegenüber dem übergeordneten Kommando und der Öffentlichkeit zu verheimlichen.

Nach Mitteilungen von informierten Quellen ist auf dem zeitweilig von den Truppen der ukrainischen Streitkräfte besetzten Territorium die **Zahl der Fälle des Verkaufs von Waffen und Munition** durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte an Zivilisten **erheblich gewachsen**. Gemäß einem operativen Bericht vom 26. Mai haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes in Starobelsk gemeinsam mit der Polizei einen Soldaten der 54. Brigade festgenommen, der in einem Teil seines Hauses ein Versteck eingerichtet hat, wo er drei AK-74-Maschinenpistolen, mehr als 100 Patronen für diese, mehr als zehn RG-42-

Granten und ca. 50 kg Sprengstoff aufbewahrt hat. Wie es gelang im Rahmen der vorläufigen Untersuchung festzustellen, hat der Soldat eine Absprache mit einem Offizier des Raketenantillierewaffendienstes der Brigade dieses Material aus dem Truppenteil gestohlen, um es im Weiteren zu verkaufen.

Wir verfolgen weiter die Umbesetzungen im Kommando der ukrainischen Streitkräfte und im Stab der Operation der Besatzungskräfte. Vor einigen Tagen wurde Oberst Krasota aus dem Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ abgesetzt. Formaler Grund der Absetzung ist ein erhebliches Nachlassen der Disziplin in den ihm anvertrauten Einheiten, eine große Zahl nicht kampfbedingter Verluste unter dem Personal, massenhafte Diebstähle von Material und weit verbreitete Verletzung von Disziplin im Verantwortungsbereich der Gruppierung.

Da er ein Günstling Poroschenko ist, war der ehemalige Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ aktiv an der Ausraubung der Armee und seinen Korruptionsschemata beteiligt.

Nach den Präsidentschaftswahlen und dem Wechsel des Regimes nutzt der neue Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, der Kriegsverbrecher Chomtschak-Ilowajskij, die Entlassung Krasotas, um seine Autorität in den Augen des neuen Präsidenten Selenski zu erhöhen.

Es muss angemerkt werden, dass die Entlassung des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ mit dem Besuch des obersten Kommandeurs der Ukraine in dem von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte besetzten Staniza Luganskaja und Stschatje zusammenfiel, wo Selenski die provisorischen Stationierungspunkte der Truppen und die Frontpositionen besuchte. Journalisten berichteten breit über den Besuch Selenskis, aber vergaßen zu erwähnen, dass die Strafsoldaten in Häusern wohnen, aus denen 2015 friedliche Einwohner mit Gewalt auf die Straße gesetzt wurden, und dass sie Dinge nutzen, die sie durch Plünderung und Raub an der Bevölkerung des Lugansker Landes erhalten haben.

Im Ergebnis des Besuchs unterstrich selbst Selenski, der zuvor keine Beziehung zur Armee hatte, die äußerst wenig zufriedenstellenden Lebensbedingungen der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Nach Mitteilung von Quellen im Stab der OOS hat die Militärstaatsanwaltschaft nach dem Besuch des Präsidenten auf den Positionen mit einer Ermittlung bezüglich des Verdachts auf Diebstahl von Haushaltsmitteln gegen den stellvertretenden Kommandeur der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte, der für den rückwärtigen Dienst verantwortlich ist, begonnen.

Die Volksmiliz der LVR ihrerseits spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bürger der Republik, sie hält die Minsker Vereinbarungen streng ein und geht nicht auf Provokationen von Seiten der Ukraine ein.

In den Verbänden und Truppenteilen werden planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, die militärischen Kenntnisse, das theoretische Wissen und die praktischen Fertigkeiten werden vervollkommen.

Hauptziel der militärischen Ausbildung der Volksmiliz ist die Erhöhung der Geschlossenheit der Einheiten sowie des Personals der Volksmiliz der LVR bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben in der festgelegten Zeit.

de.sputniknews.com: **Konkurrenz von Falcon 9: Produktion erster russischer Rakete „Sojus-5“ angelaufen**

Die Herstellung der ersten Trägerrakete des Typs „Sojus-5“ hat laut dem Generaldirektor des russischen Weltraumraketen-Zentrums „Progress“ Dmitri Baranow begonnen.

„Zurzeit, heute, hat die Herstellung der Kraftstoffbehälter für die Trägerrakete „Sojus-5“ bereits begonnen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Fristen sehr hart sind, dass wir sie nicht überschreiten dürfen. Unserer Meinung nach sind wir im Stande, sie zu erfüllen“, sagte er. „Der wissenschaftliche und fertigungstechnische Vorlauf, den wir jetzt in unserem Betrieb

haben, bestätigt das eindeutig“.

Die neue „Sojus-5“ soll die Trägerraketen „Senit“ aus russisch-ukrainischer Produktion ablösen. Sie kann bis zu 18 Tonnen Nutzlast auf eine niedrige Erdumlaufbahn bringen.

Der erste Start einer „Sojus-5“ soll 2022 stattfinden.

Zuvor hatte der Chef der russischen Weltraumorganisation, Dmitri Rogosin, geäußert, mit Hilfe von „Sojus-5“ wolle Moskau den Markt kommerzieller Raumstarts erobern. Die Rakete „Sojus-5“ solle mit der US-amerikanischen Falcon-9 und der französischen Ariane-5 konkurrieren.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32510/61/325106109.jpg>

de.sputniknews.com: **Arbeitsgruppe für S-400-Systeme: Trump nimmt Erdogans Angebot an – Medien**

US-Präsident Donald Trump hat Medienberichten zufolge das Angebot seines türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan angenommen, eine Arbeitsgruppe für die russischen S-400-Luftabwehrsysteme zu bilden. Die ersten Systeme sollen bereits im Juli an Ankara geliefert werden.

Dies meldet die Nachrichtenagentur Bloomberg am Freitag.

Erdogan hatte Trump zuvor in einem Telefonat die Bildung einer Arbeitsgruppe angeboten, um Washingtons Sorgen auszuräumen, dass die russischen S-400-Systeme die Verwundbarkeiten der modernsten Tarnkappenflugzeuge F-35 entlarven könnten.

Nun habe Trump diesem Vorschlag zugestimmt, obwohl der US-Staatschef sich sicher sei, dass die Arbeitsgruppe zu demselben Schluss kommen werde, dass die S-400-Komplexe F-35-Kampffjets gefährden würden.

Die Türkei besteht aber auf dem Erwerb und hat bereits bekannt gegeben, dass die ersten S-400-Systeme schon im Juli geliefert werden sollen.

Die Vereinigten Staaten warnen davor, dass die S-400-Komplexe mit den Nato-Standards nicht vereinbar seien und drohen Ankara mit Sanktionen. Washington drohte zudem damit, den Verkauf von neuen F-35-Kampffjets an die Türkei abzusagen.

Die Türkei ist eines der Mitglieder des internationalen US-Programms zur Entwicklung des neuesten F-35-Jagdbombers.

de.sputniknews.com: **Wegen Verdacht auf Machtergreifung: Weiteres Verfahren gegen Poroschenko eingeleitet**

Das staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine hat ein weiteres Verfahren gegen den früheren Präsidenten Petro Poroschenko eröffnet. Das teilte am Freitag der ehemalige stellvertretende Verwaltungsleiter von Ex-Staatschef Viktor Janukowitsch, Andrej Portnow, mit.

Es bestehe der Verdacht, dass er einen „unzulässigen Einfluss auf die Kandidaten-Wahl für den Hohen Justiz-Rat im Zeitraum zwischen März und Mai 2019“ ausgeübt habe.

Das ist bereits das fünfte Strafverfahren gegen Poroschenko. Erst vergangene Woche wurde ihm mit Blick auf den Vorfall in der Meerenge von Kertsch zur Last gelegt, Hochverrat im November 2018 begangen zu haben.

Daraufhin wurde er des Machtmissbrauchs bei der Postenverteilung im Vorstand des Energiekonzerns Centrenergó beschuldigt.

Die Ermittler geben zudem an, dass Poroschenko ein Vermögen in Höhe von 300 Millionen Dollar durch einen Deal zum Verkauf einer ukrainischen Schiffswerft illegal erworben und legalisiert habe.

In der Klage, die Portnow eingereicht hat, geht es unter anderem um Geldwäsche und Steuerhinterziehung.

Weitere Vorwürfe gegen den Ex-Staatschef seien bereits in Sicht, aber in erster Linie werde man sich in den kommenden Wochen auf Informationsdruck auf Strafverfolgungsbehörden sowie Vorbereitung von Petitionen, Beschwerden und anderen Verfahrensdokumenten konzentrieren, so der Anwalt.

Er geht davon aus, dass Poroschenko noch bis Anfang Juli in Untersuchungshaft landen könnte.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32510/75/325107548.jpg>

abends:

lug-info.com: Der Präsident der Ukraine Wladimir Selenski demonstriert seine Missachtung gegenüber dem Donbass, der OSZE-Mission und den Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen, die Anstrengungen zur Deeskalation des Konflikts in der Region einbringen. Dies erklärte heute der Militärexperte, gesellschaftliche Aktivist und Oberstleutnant der Reserve der Volksmiliz der LVR Andrej Marotschko.

Er meint, dass die Einwohner des Donbass keine großen Hoffnungen auf den sechsten Präsidenten der Ukraine legen können.

„Das ist eine völlig unselbständige Persönlichkeit, er ist ein Strohmann des blutigen Oligarchen Kolomojskij. Ich möchte daran erinnern, dass dieser Oligarch im Jahr 2014 aktiv die Freiwilligenbataillone „Dnjepr“ und „Asow“ sponsorte, deren Bestialitäten gegenüber friedlichen Einwohnern bereit bekannt sind, und in der Konsequenz ist sein Verhältnis zu den Einwohnern des Donbass völlig klar. Genauso hat auch Selenski offen die ukrainischen Streitkräfte und die Nationalisten unterstützt, auf einem „karitativen“ Konzert vor ihnen dankte er ihnen dafür, dass sie „diese Miststücke“ töten, das heißt uns“, berichtete der Militärexperte.

Marotschko unterstrich, dass der neugewählte Präsident vom Anfang seiner Regierung begann, seine Freunde im Show-Business und ehemalige Mitarbeiter von Kolomojskij auf Schlüsselposten zu setzen.

„Diese Tatsache zeugt davon, dass er nicht vorhat seine Wahlkampfversprechen zu erfüllen, sondern einfach dreist gelogen hat. Außerdem erfüllt der Präsident Selenski nicht seine Wahlkampfversprechen über den Frieden. Die Beschießungen des Donbass durch die ukrainische Armee gehen weiter, ihre Zahl und die verwendeten Waffen sind vollständig identisch, wie bei Poroschenko“, sagte er.

Er stellte die These auf, dass Selenskij wie auch sein Vorgänger „blind die Anweisungen Washingtons ausführen wird, weil das Geschäft von Kolomojskij ‚am Haken hängt‘ und vollständig von den sogenannten westlichen Partnern abhängt“.

„Das wird auch dadurch bestätigt, dass Selenski begonnen hat, die Politik zu betreiben, die von den USA vorgeschrieben wird, da er öffentlich erklärt hat, dass der Donbass keinen besonderen politischen Status erhalten wird, dass er das Gesetz über die Amnestie nicht unterschreiben wird, keine Verhandlungen mit den Vertretern der DVR und der LVR führen wird, nicht plant das Sprachgesetz abzuschaffen und vieles mehr. Und das sind unter anderem die Mehrheit der Schlüsselforderungen der Minsker Vereinbarungen“, sagte der Militärexperte.

„Der Beginn der Arbeit und alle Handlungen des ehemaligen Schauspielers demonstrieren die Missachtung gegenüber dem Donbass, gegenüber der OSZE-Mission, Deutschland, Frankreich, Russland, die Anstrengungen zur Deeskalation des Konflikts einbringen“, unterstrich Marotschko.

„Die Tatsachen zeugen davon, dass Selenskij von Feinden des Donbass an die Regierung gebracht wurde und nichts Gutes von ihm erwartet werden kann. Meiner Meinung nach erwartet ihn die Rolle einer Figur in einem fremden Spiel, nicht von ungefähr ist er der sechste Präsident. Für ihn wird die Präsidentschaft mit nichts Gutem enden und er wird vor Gericht stehen, wie auch die anderen Angeklagten des ukrainischen Volkstribunals zur Verfolgung der Kriegsverbrechen des Regimes Poroschenkos gegen die Bürger der Ukraine“, fasste er zusammen.

de.sputniknews.com: **Kosovo erklärt russischen UN-Mitarbeiter zu Persona non grata – Uno reagiert**

Der stellvertretende Sprecher des UN-Generalsekretärs Farhan Haq hat die Erklärung des russischen Mitarbeiters der Uno-Mission in Kosovo; Michail Krasnoschtschjokow, zu einer unerwünschten Person durch die kosovarischen Behörden kommentiert.

„Der Begriff ‚Persona non grata‘ ist auf die Uno-Mitarbeiter nicht anwendbar“, sagte Haq. Der Begriff sei in Bezug auf Diplomaten anwendbar, die von einem Staat in einem anderen im Kontext ihrer bilateralen Beziehungen akkreditiert worden seien.

„Die Uno ist kein Staat, und ihr Personal ist nicht in den Staaten akkreditiert, in denen sie ihren Dienst unter der Leitung des Generalsekretärs leisten“, resümierte Haq.

Zuvor hatte das sogenannte „Außenministerium“ der teilweise anerkannten Republik Kosovo den russischen Mitarbeiter der UN-Mission Michail Krasnoschtschjokow zu einer unerwünschten Person erklärt.

Das russische Außenministerium stufte diesen Schritt der kosovarischen Behörden als einen unverhohlenen Kurs auf die Verschärfung der zwischenethnischen Beziehungen ein.

Am Dienstag war Krasnoschtschjokow trotz seiner diplomatischen Immunität bei einem Einsatz der albanischen Spezialkräfte in den serbischen Gemeinden im Nordkosovo festgenommen und brutal zusammengeschlagen worden.

Dnr-online.ru: Über seine Sicht der derzeitigen politischen Situation in der Ukraine und sein Verhältnis zu den Handlungen des neuen Präsidenten der Ukraine erzählte Iwan Prichodko,

Bürgermeister von Gorlowka.

„Was die Tätigkeit des Präsidenten Selenski auf seinem neuen Posten als Präsident betrifft, so kann ich mit Überzeugung sagen, das es im Donbass für ihn kein Vertrauen gibt und nicht geben wird.

Wie kann man einem Präsidenten glauben, dessen roter Faden im Wahlkampf die Herstellung von Frieden im Donbass auf friedlichem, diplomatischem Weg war. „Ich bin bereit mit dem Teufel zu verhandeln, wenn nur kein einziger Mensch mehr stirbt“, sagte der Präsident. Aber jetzt erklärt er öffentlich, dass der Donbass keinen besonderen politischen Status erhält, dass er kein Amnestiegesetz unterzeichnen wird, dass er nicht plant das Sprachgesetz abzuschaffen. Und das sind Schlüsselforderungen des Volkes des Donbass! „Die Separatisten müssen sich für ihre Handlungen verantworten. Niemand wird den Banditen verzeihen“, erklärte Wladimir Selenski. Separatisten, das sind wir alle zusammen, alle die, die im Jahr 2014 ihre Wahl zugunsten der Unabhängigkeit der Bruderrepubliken von dem Land, dass den Weg des Nazismus und der Verfolgung der russischsprachigen Bevölkerung mit allen ihren kulturellen Besonderheiten gewählt hat, wofür wir bis jetzt einen blutigen Preis zahlen – den Preis von Leben unserer Mitbürger.

Der Präsident hat nicht einmal vor, seine Wahlkampfversprechen zu erfüllen, sondern hat einfach frech gelogen. Die Fakten sprechen für sich selbst – ehemalige Mitarbeiter von Kolomojskij haben Schlüsselposten besetzt. Was sehen wir weiter? Zunehmenden Beschuss der Republiken von Seiten der BFU. Opfer unter der friedlichen Bevölkerung: am 28. Mai wurde die Gorlowkerin Wera Sapon schwer verletzt, die im Nikitowskij-Bezirk der Stadt wohnt, am 30. Mai wurden Donezker verletzt, darunter ein achtjähriges Kind.

Wir alle werden schwer vergessen können, wie der Präsident Selenski vor ukrainischen Truppen auftrat, die gegen die Republiken kämpften, den ukrainischen Soldaten leidenschaftlich Kuschhände zuwarf und ihnen von Herzen dankte. „Männer, Euch eine tiefe Verbeugung dafür, das Ihr uns gegen diese Dreckskerle verteidigt“, sagte er und nannte die Verteidiger des Donbass und von Lugansk so.

Die Einwohner des Donbass haben in so kurzer Zeit schon begriffen, dass die Versprechungen des neuen ukrainischen Präsidenten nichts wert sind. Die Ursache liegt in der Angst vor den militaristischen Nationalisten und auch in der Gewohnheit, den Anweisungen Washingtons und des nicht unbekanntes Oligarchen Kolomojskij zu folgen, der 2014 die Schaffung der Freiwilligenbataillone „Dnjepr“ und „Asow“ finanzierte, deren Bestialitäten gegen die friedlichen Einwohner alle gut bekannt sind.

Selenskij sagte, dass er einfach ein Mensch sei, kein Politiker, das er gekommen sei, das System Poroschenkos zu zerschlagen, das „Ergebnis seiner Fehler und Versprechungen ist“. Aber uns kann man nicht betrügen. Selenski ist ein Schauspieler und Heuchler, der auf einer Welle des Populismus gekommen ist.

Wie die Geschichte zeigt, sind in Kiew oft Personen an die Macht gekommen, wegen derer das Volk der Ukraine einen Aufstand angefangen hat. Juschtschenko, Janukowitsch, Poroschenko – sie haben die Menschen schnell enttäuscht, aber jeder von ihnen wurde verjagt, ausgepiffen und vergessen“, sagte Iwan Prichodko.

de.sputniknews.com: **Anti-Soros-Proteste in Armenien: Polizei verstärkt Sicherheitsvorkehrungen**

Die armenische Polizei hat am Freitag den Platz vor der Stiftung des US-Milliardärs George Soros in der Hauptstadt Jerewan wegen Sicherheitsbedenken großzügig abgesperrt. Der Hintergrund sind Proteste der Zivilbewegung „Weto“, deren Anhänger das Ende der Tätigkeit der Organisation im Land fordern.

Die armenische Regierung erhalte Anweisungen von der Open Society Foundation*, die Soros gehöre, sagte der „Weto“-Chef Narek Maljan gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Ihm zufolge werden „von hier aus die schmutzigsten und niederträchtigsten

Medienangriffe ausgeführt“, das Strafverfolgungssystem werde „verunglimpft“. Maljan behauptet, dass die Stiftung einen blutigen Bürgerkrieg in Armenien provozieren wolle.

Die Stiftung in Jerewan hat bislang keine Stellungnahme abgegeben.

Die „Weto“ ruft zum Verbot der Organisation sowie aller ihr nahe stehenden Einrichtungen auf und fordert die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Auslandsagenten.

**Die Stiftung „Open Society Foundations“ ist eine Organisation, deren Tätigkeit auf dem Territorium Russlands durch einen Beschluss der Staatsanwaltschaft vom 26. November 2015 als unerwünscht eingestuft worden ist.*



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32045/27/320452716.jpg>

Dan-news.info: „Das Staatssicherheitsministerium der DVR hat einen Einwohner der DVR, Sergej Olegowitsch Dubrowin, geb. 1959, Lehrer am Berufslizeum mit mehreren Fachrichtungen Nr. 68 von Komsomolskoje wegen des Verdachts auf Spionage zugunsten ukrainischer Spezialdienste festgenommen“, teilt das MfS der DVR mit.

Nach Informationen des MfS wurde bei Überprüfungsmaßnahmen festgestellt, dass Dubrowin auf Anweisung des SBU Personaldaten von Studenten und Mitarbeitern des Lyzeums gesammelt und übergeben hat, darunter auch von solchen, die Dienst in den Einheiten der Volksmiliz der DVR tun, außerdem hat er auf dem Territorium der Republik Flugblätter proukrainischen propagandistischen Charakters verteilt. Dabei hat Dubrowin seine Zustimmung zur Zusammenarbeit mit ukrainischen Spezialdiensten freiwillig gegeben.

„Es wurde festgestellt, dass Dubrowin über E-Mail initiativ an die Seite ‚Mirotworez‘ ein Schreiben mit Daten von Mitarbeitern des Berufslizeums Nr. 68 der Stadt Komsomolskoje geschickt hat und dabei gesondert Personen erwähnt hat, die an der Durchführung des Referendums über die Selbstbestimmung der DVR teilgenommen haben und die systematisch auf das Territorium der Ukraine fahren“, fügte das MfS hinzu.

Es wird erläutert, dass Dubrowin im Februar 2018 bei einem Versuch, auf das Territorium der Ukraine auszureisen von Mitarbeitern der MfS der DVR festgenommen wurde. Bei einer Durchsuchung wurde bei ihm ein USB-Stick mit Listen von Studenten des Lyzeums gefunden. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurden Agitationsmaterialien proukrainischer Ausrichtung gefunden.

„Im April 2019 wurde Sergej Dubrowin durch ein Gerichtsurteil als schuldig befunden und zu 10,5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt“, fasste das MfS zusammen.

de.sputniknews.com: „**Verschwörung gegen Palästina“: Rohani zu Trumps „Jahrhundert-Deal“**

Der iranische Präsident Hassan Rohani hat den sogenannten von den USA zur Regelung des

Konflikts zwischen Israel und Palästina geförderten „Jahrhundert-Deal“ scharf kritisiert. „Der ‚Jahrhundert-Deal‘ ist eine Verschwörung, die auf die Vernichtung der Hoffnungen von Palästina sowie auf die Erweiterung der Okkupation und einen Anschlag auf alle islamischen Länder abzielt“, heißt es in einem Brief, den Rohani an die Staatsschefs gerichtet hat, die am Gipfeltreffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit in Mekka teilnehmen. Der in den Vereinigten Staaten entwickelte Deal sei gefährlich, denn seine Verfasser möchten die Palästinenser um ihr Recht auf Selbstbestimmung und die Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates bringen, äußerte Rohani. Zuvor hatte Washington seine Absicht bekannt gegeben, Ende Juni ein Wirtschaftsforum in Bahrain zum Anziehen von Investitionen in die palästinensischen Gebiete zu veranstalten. Das Forum soll zum ersten Schritt bei der Umsetzung des „Jahrhundert-Deals“ werden, der den israelisch-palästinensischen Konflikt beilegen soll. Nach Angaben arabischer Medien läuft der US-amerikanische Plan auf den Verzicht der Palästinenser auf die von Israel besetzten Gebiete hinaus. Dafür sollten die Palästinenser wirtschaftliche Begünstigungen und finanzielle Hilfen von den arabischen Monarchien beim Aufbau des eigenen Staates erhalten. Dieser soll sich nach dem US-Plan teilweise auf der Sinai-Halbinsel befinden.